

haben durch die Marktwertung freiwil-  
lig überlassen, besteht überdies wenig Hoff-  
nung, daß das Gesetz in dieser Art in der  
Praxis je beobachtet würde. Die beste Ent-  
lastung des Devisenmarktes wäre die Schaf-  
fung eines wertbeständigen Anlagepapiers  
in ausreichender Höhe.

### Ebert in Baden.

Berlin, 11. Febr. Der Reichspräsident  
Ebert hat die bereits angekündigte Reise nach  
Karlsruhe heute abend angetreten. Er wird  
vom Reichsminister des Innern Deier und  
dem Reichsfinanzminister Dr. Albert begleitet.  
Für Montag vormittag ist in Karlsruhe eine  
Sitzung mit der badischen Regierung abge-  
kündigt.

### Wie Frankreich belogen wird.

Berlin, 10. Febr. Havas hat in Paris  
die bekannte Feststellung der deutschen  
Regierung mitgeteilt, daß nach den deut-  
schen Statistiken sich die Tonnenzahl der im  
Dezember 1922 an Frankreich wirklich  
gelieferten Reparationskohlen auf 1515 373  
belaufe gegen 1 600 000, die geliefert wer-  
den sollten.

Es muß festgestellt werden, daß keines  
der großen Pariser Morgenblätter sich für  
verpflichtet hält, diese Ziffern ihrem Les-  
erkreis zu unterbreiten.

Das letztere glauben wir. Der offizielle  
Schwindel ist ja auch zu handgreiflich.  
Während Kohlen in den anliegenden  
Wäldern aus dem Ruhrgebiet nach Frank-  
reich in Kohlen fast erstickten, während  
keine Industrie im Gesamtteil dem Kohlen-  
Hungerlode ausgesetzt ist. Wie es um  
Frankreich in dieser Beziehung steht, geht  
aus folgenden Nachrichten hervor:

Paris, 11. Febr. Der Minister für  
öffentliche Arbeiten hatte gestern abend  
mit Vertretern des Kohlenbergbaus und  
der Metallindustrie eine Besprechung  
über die Rückwirkung, die die Vornahme  
im Ruhrgebiete auf ihre Betriebe aus-  
üben. (Diese Besprechung wäre unnötig,  
wenn Frankreich die anzuhebende Kohlen-  
menge erhalten hätte. D. Red.)

Moskau, 10. Febr. (Sowjetstaats-  
Schiffahrt) sich mit der Frage, wie die Ruhr-  
besetzung auf die französische Wirtschaft  
wirke, und schließt aus zahlreichen Samm-  
lungen, daß sich ein schwerer Rückschlag in  
Frankreich selbst fühlbar zu machen be-  
günne. (Sowjetstaats) hat einen sehr schät-  
zlichen Korrespondenten in Paris. D. Red.)

### Poincarré krebst schon wieder!

Paris, 12. Febr. Es verlautet, daß  
Poincarré seine Rede im Auschuß für  
unwürdige Anwesenheiten erst gegen  
Ende dieser Woche halten wird.

Paris, 11. Febr. Havas erklärt:  
Poincarré werde sich auf ein Exposé über  
die Lage beschränken. Jede Erörterung  
werde er ablehnen und sich sogar vorbe-  
halten, Fragen nicht zu beantworten.

Nun freilich — Frankreich hat ja „so  
viele Kohlen erhalten“ (s. die Meldung  
„Wie Frankreich belogen wird“), daß  
Poincarré ja leere Hände haben muß!  
Und Fragen wie Debatten sind ihm so un-  
angenehm, weil er den Platz auf der  
Armenfüßerbank nicht mit dem des er-  
folgreichen „Siegers vom Ruhrgebiet“  
auf hohem Postamente vertauschen kann.  
Wäre es anders, dann hätte Poincarré  
lächelnd mit großem Wortschwall Frankreich  
seinen Triumph verkündet. So  
aber schließt er seine Aufgabe mit ein-  
erklärungen entgegen seiner Zusicherungen  
abermals hinaus. Erhöht er in dieser  
Woche noch ein besseres Resultat an der  
Ruhr? Er wird sich täuschen!

### Der Maulkorb für die Presse.

Köln, 11. Februar. Der vor einigen  
Tagen verhaftete Redakteur Fischer von der  
„Kölnischen Zeitung“ ist vom französi-  
schen Kriegsgericht zu sechs Monaten Gefängnis  
verurteilt worden.

Köln, 11. Februar. Der „Kölnische Anzei-  
ger“, die „Kölnische Zeitung“ und das „Kölnische  
Lageblatt“ sind vom 12. Februar ab für  
den Tag verboten worden, weil sie eine Lokal-  
notiz über die Beschlagnahme von Geldern ver-  
öffentlicht hatten, die für rückständige Lohnun-  
gen usw. an die streikenden Eisenbahner be-  
stimmt waren. In der Veröffentlichung dieser  
Notiz erblickt der Oberdelegierte der Rheinland-  
kommission eine tendenziöse Einstellung, da die  
beschlagnahmten Gelder, rund 61 Millionen, in  
Wirklichkeit Streikunterstützungen dargestellt  
hätten.

### Italiens Passivität.

Rom, 11. Febr. In einer Rede in der  
Kammer erklärte Ministerpräsident Mussolini,  
Italien habe es verhindert und werde  
auch weiterhin verhindern, daß die Ereignisse  
im Ruhrgebiet katastrophale Rückwirkungen  
in den Donauländern ausüben. Italien habe  
in der Ruhrgebietsfrage keine andere Politik  
verfolgen können. Die Geste, die Teile der  
Anschließenden Parteien gewünscht hätten,  
würde vollkommen unnütz gewesen sein. Sie  
würde Frankreich nicht verhindert haben, in  
das Ruhrgebiet einzurücken und vielleicht den  
Widerstand Deutschlands verstärkt haben.  
eine Vermittlung sei unmöglich gewesen, da

## Der Rhein- und Ruhrfranken.

Paris, 11. Febr. Für den Stand der  
Debatte über die Einführung einer neuen  
Währung im Ruhrgebiete sind die wider-  
spruchsvollen Nachrichten bezeichnend, die im  
Anschluß an die französisch-belgischen Konfe-  
renzen der letzten Tage verbreitet worden. So  
melbet der Brüsseler Berichterstatter des „Echo  
de Paris“, auf französischer Seite sei man  
für die Ausgabe einer rheinischen Währung.  
Während der letzten Anwesenheit des französi-  
schen Ministers für öffentliche Arbeiten in  
Brüssel habe deshalb Ministerpräsident Theunis  
besonders bei diesem Punkte eingegriffen,  
und seine praktischen Gedankengänge hätten  
starken Eindruck gemacht. Wenn die Eisen-  
bahnen auch als Garantien für eine Anleihe  
verwendet werden könnten, so seien sie nach  
Theunis damit noch nicht als Garantie für  
eine Währung tauglich. Im Gegensatz hier-  
zu glaubt „Journal“ feststellen zu können,  
auf französischer Seite sei man bis weitem  
gegen die Einführung einer neuen Währung  
geworfen, weil sie im Auslande dahin aus-  
gelegt werden würde, daß Frankreich das  
Rheinland und Westfalen vom Deutschen  
Reiche loslösen wolle. Belgien dagegen halte

eine neue Währung für unerlässlich und werde  
sie wahrscheinlich durchsetzen.

Für jede Währung muß ein das Umlauf-  
mittel garantierendes Eigentum vorhan-  
den sein. Das ist Völkerecht! Wenn  
Frankreich und Belgien dazu übergehen wol-  
len, den Rhein- und Ruhrfranken zu schaffen,  
so können sie diese Währung nur mit  
ihrem eigenen Staatseigentum garan-  
tieren und nicht mit deutschem Eigen-  
tum, das durch eine rechtswidrige Be-  
schlagnahme in ihren Besitz geraten ist.  
Deutsches Eigentum ist nur Garantie für die  
Mark, die gesetzliches deutsches Wäh-  
rungsmittel ist. Der Friedensvertrag lehnt  
eine Veränderung der deutschen Währung aus-  
drücklich ab, sogar für das dem Völkerbunde  
unterstellte Saargebiet! Wie viel mehr für  
das Rheinland und das Ruhrgebiet, die un-  
bestritten und ohne Abkündigung zu Deutsch-  
land gehören. Die Einführung einer anderen  
Währung würde also einen weiteren Bruch  
des Friedensvertrages und einen weiteren Ein-  
griff in die ausdrücklich garantierte deutsche  
Souveränität darstellen.

### Die Abrüstung begraben.

Genf, 11. Febr. Der Völkerbunds-  
auschuß für Abrüstungsbeschränkungen beriet am  
Sonnabend über den Garantievertrag, den  
die Völkerbunds-Versammlung des Jahres  
1922 auf Cecilus Antrag angesetzt hat. Die  
damals aufgestellten Besätze waren den ein-  
zelnen Mitgliedsstaaten zur Gegenüberung  
ausgegangen, von denen aber nur Albanien,  
Bulgarien, Rumänien und Panama geant-  
wortet haben.

Cecil unterbreitete dem Ausschuss einen  
solchen Entwurf, der sieben Abschnitte und  
25 Artikel enthält. Im Abschnitt 1 ver-  
pflichten sich die Signatarmächte zu einer  
später festzusetzenden Beschränkung der Streit-  
kräfte. Artikel 4 bis 6 gilt dem eigentlichen  
Kriegsfall. Danach hat der Völkerbund  
beim Ausbruch von Feindseligkeiten, an  
denen ein Signatar beteiligt ist, auf seine An-  
zeige hin sofort innerhalb vier Tagen festzu-  
stellen, wer den Krieg begonnen hat, wobei  
in der Regel derjenige als Angreifer gilt,  
der in fremdes Gebiet eindringt. Nach er-  
folgter Feststellung verhängen die anderen  
Signatarmächte die volle Sanktion gegen den  
Angreifer und beteiligen sich außerdem an  
allen militärischen Operationen unter Leitung  
des Generalsekretärs der Völkerbunds-  
rat mit dem Oberbefehl betrauten Signatar-  
macht. Jede Macht hat dabei mindestens  
ein Viertel ihrer gesamten Streitkräfte beizubehalten,  
jedoch wenn sie in einem anderen  
Erdbteil gelegen ist, nur ein Viertel ihrer See-  
streitkräfte. Artikel 21 lautet: Durch diesen  
Vertrag werden keinerlei Bestimmungen der  
Friedensverträge von Versailles, St. Ger-  
main, Neuilly und Trianon eingeschränkt  
oder berührt.

In der Aussprache, die unter Aus-  
schluß der Öffentlichkeit stattfand, hielt W.  
Wilson, der Präsident des Ausschusses, eine  
sehr heftige Rede, in der er Deutschland der  
Schuld am Kriege beidigte, und auf die  
ständige weitere deutsche Gefahr hinwies.  
Er leitete eine Einzelberatung und eine Be-  
schlußfassung ab und forderte Vertagung.  
Diese Auffassung drang durch und es wurde  
beschlossen, den Vertragsentwurf einem Un-  
terschluß zu übergeben.

Dieser Beschluß bedeutet ein Begräbnis  
erster Klasse für den Abrüstungsgedanken.  
Der allgemeine, große Menschheitsgedanke  
ist bei den französischen Staatsmännern und  
ihrer Gefolgschaft noch nicht weit genug ent-  
wickelt, daß er der imperialistischen Idee die  
Wage zu halten vermöchte. Dafür ist Frank-  
reich aber auch die „Kulturnation“!

man nicht ohne Aufzorderung oder Zustimmung  
dazu vermitteln. Im übrigen habe sich  
England darauf beschränkt, an der Ruhr-  
aktion nicht teilzunehmen, und sei in seiner  
abweichenden Auffassung nicht so weit ge-  
gangen, keine Truppen aus dem Rheinland  
zurückzuziehen. Bisher habe Frankreich Ita-  
lien nicht darum ersucht, seiner Solidarität  
mit ihm härteren Ausdruck zu verleihen.

### Verstärkungen für das Ruhrgebiet.

Böln, 11. Febr. Im Bezirke Böln be-  
standen sich am Sonnabend zwei Züge mit  
schwerer Artillerie auf dem Transport nach  
dem Ruhrgebiete, ebenso auf der Strecke  
Euskirchen — Wöringen zwei mit allen  
Kriegswaffen versehene Bataillone.

### Das türkische Ultimatum verlängert

Paris, 12. Febr. Eine Reuterspeise  
besagt, daß die Türken den Verbänden ein  
Ultimatum überreicht hätten, in dem die  
Frage zur Räumung des Hafens von Smyrna  
durch die alliierten Kriegsschiffe bis zum  
Dienstag verlängert wird.

### Der neue Friedensvertrag.

Paris, 11. Februar. Die Ergebnisse der  
gestrigen Verhandlungen des französischen Kabi-  
netts mit dem belgischen Außenminister Gaspar  
werden von dem offiziellen „Welt Pariser“ wie  
folgt zusammengefaßt: Es ist vereinbart wor-  
den, die Bemühungen auf eine Anzahl der wich-  
tigsten Eisenbahnlinien zu konzentrieren und  
neben dem französischen und belgischen Personal  
diejenigen deutschen Eisenbahner und leitenden  
beamten heranzuziehen, die zur Wie-  
deraufnahme der Arbeit genötigt seien. Hierzu  
komme ein System von Ausfuhrbeschränkungen  
für sämtliche Industrielle des Ruhrgebietes.  
Durch die Verweigerung der Ausfuhrbewilligung  
könne die Förderung der Fabrikate nach dem  
nächstbesten Deutschland einfach unterbunden wer-  
den. Diese Kontrolle werde eine Waffe gegen  
den Widerstand der Großindustriellen sein. Nach  
dem „Welt Pariser“ ist in der vordersten  
Frage des Einheitskommandos anscheinend Gene-  
ral Depaquit derjenige gewesen, der zuerst Mit-  
arbeiter, wenigstens für die Wirtschafts- und  
Finanzfragen, verlangt habe. Eine Entscheidung  
über diese Frage scheint nach dem „Welt Pariser“  
noch nicht getroffen zu sein.

Einige Blätter blieben bei der Darstellung,  
daß die belgische Regierung eine allgemeine Ver-  
sicherung des Besetzungsgebietes fordere. So  
schreibt „Deure“: Die belgische Regierung frage  
sich, in welcher Form die neuen Zollfunktionen  
hinsichtlich der Ausfuhr der Fabrikate der Me-  
tallindustrie und der Einfuhr von Eisen zu  
erhalten seien. Sie sei bereitwillig für eine mög-  
liche Abschließung mit einem Schloß gewesen.  
Weitere französisch-belgische Konferenzen  
würden die beiden Regierungen in den Stand setzen,  
ihre Auffassungen miteinander zu vergleichen und  
gemeinsam das vorzubereiten, was man bereits  
einen neuen Friedensvertrag nenne.

Damit wird zugestanden, daß der Friedens-  
vertrag von Versailles nur auf dem Papiere steht  
und dem Sinne nach nicht mehr gilt. Poincarré  
behaupet ständig das Gegenteil. Seine ganze  
Machtmacht ist angeblich nur darauf gerichtet, den  
Einz des Friedensvertrages zu verwickeln. Ob  
die anderen Signatarmächte sich einfach damit  
zufrieden geben, daß Frankreich und Belgien  
so einfach einen neuen Vertrag diktiert?  
Denn um ein Diktat kann es sich doch nur  
handeln und nicht um eine Revision des  
von Poincarré als „heilig und unantastbar“ er-  
klärten Versailles Diktates, wie sie von Deutsch-  
land längst gefordert wird. „Deure“ scheint  
die Hufen etwas vorzeitig aus dem Stalle ge-  
lassen zu haben. Der „neue“ Frieden hat zur  
Voraussetzung, daß Poincarré von der politischen  
Bühne abtritt, will er nicht, daß alle Welt auf  
ihn als Wortbrüchigen (s. oben: „heilig  
und unantastbar“) deutet, wie sie jetzt auf ihn  
als brutalen Rechtsbrecher zeigt. — Freilich —  
Poincarré ist's vielleicht auch gleichgültig, wenn  
er einen Schimpf mehr auf seinem Namen  
erträgt.

### Die Ausfuhrsperre.

Paris, 11. Febr. Die französische Re-  
gierung hat, wie Havas berichtet, dem deut-  
schen Geschäftsträger in Paris eine Note über-  
reichten lassen, in der mitgeteilt wird, daß  
vom 12. Februar ab metallurgische und an-  
dere in den besetzten Gebieten fabrizierte Pro-  
dukte nicht mehr nach dem nichtbesetzten  
Deutschland ausgeführt werden dürfen. An-  
laß zu dieser Maßregel hätten die Befehle  
gegeben, die die deutsche Regierung ihren  
Beamten im Ruhrrevier erteilt habe. Durch  
diese Befehle habe die deutsche Regierung  
angekündigt, Unruhen aller Art heroor-  
zurufen. Der belgische Minister des Auswärtigen  
hat nach einer Meldung der „Agence Belge“  
dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel eine  
entsprechende Note überreichen lassen.

### Aus aller Welt.

Röntgen 7. Der berühmte Physiker und Ent-  
decker der Röntgenstrahlen, Geheimrat Wilhelm von  
Röntgen, Mitglied der Akademie der Wissen-  
schaften, ist in München im Alter von 78 Jahren  
gestorben. Röntgen, geboren in Wesen in West-  
falen, wurde im Jahre 1896 nach seiner epoche-  
machenden Entdeckung von Würzburg an die  
Universität München berufen, der er bis vor  
einigen Jahren im Besonderen angehörte. Des  
belangvollsten Gelehrte entdeckte Ende 1895 die  
nach ihm benannten Strahlen. Röntgen ist mit  
seiner Entdeckung einer der größten Wohlthäter  
der Menschheit geworden, die je gelebt haben.  
Heute verläßt jedes Krankenhaus und jede St.-  
mit über einen Röntgenapparat, der zu einem  
unentbehrlichen Hilfsmittel der Chirurgie ge-  
worden ist.

Unter schwerem Verdacht. In Waasdorf bei  
Dessau wurde die Gestalt des im vorigen Jahre  
unter sehr verdächtigen Umständen verstorbenen  
Landwirts Otto Berger unter dem dringenden  
Verdacht verhaftet, ihren Watten vermerdet zu  
haben. Die Berger hatte ein Liebesverhältnis  
mit einem Schutzpolizisten, mit dem sie sich  
jetzt verlobt hat. Die Leiche des Toten wird  
wieder ausgegraben werden.

Im Freudenrausch irrinnig. In die  
Ferienanstalt Heiden in Baden mußte  
eine Frau eingeliefert werden, die über  
dem Glück, daß ihr in Gestalt von Hun-  
dert Dollar unerwartet zueil, das see-  
lische Gleichgewicht verloren hat.

Eine Familie verbrannt. In Ein-  
feld im Ranton Schwab, in der Nähe von  
Schönbühl, brannte das Haus der Familie  
Günther nieder. Die viertöpfige Familie fand  
dabei den Tod.

Ein Wilderer-Drama in den  
bayerischen Bergen. Eine Tragödie,  
die lebhaft an die entsetzende Scene in Otta  
Ludwigs „Erbförster“ gemahnt, erzählt W.  
Reuter in einem Aufsatz: „Vollgejagter“ der  
„St. Hubertus“. Zwei Wilderer, der Schlo-  
fer Lechner und der Tagelöhner Buchweizer,  
waren bei Griesen mit dem Förster Hohenab  
und einigen Reichswehrsoldaten zusammenge-  
raten. Dabei wurde ein Soldat von Lechner  
in den Fuß geschossen. Die Wilderer flüchten  
aber ein heimliches Schicksal ereilte sie.  
Sie fliehen auf der Nacht auf zwei ver-  
stümmelte Gestalten, die sie für Förster hielt.  
Lechner schloß, um sich den Weg freizum-  
achen, und traf den einen, der aber kein  
Förster war, sondern ein Wilderer, der Jim-  
mermeister Anilling, der mit seinem Ver-  
weh auf Gemen ging. Die Verlesung war  
nicht lebensgefährlich, und der Verhieb holte  
im Tal Hille. Als er aber mit den Netzen  
zurückkehrte, hörte man plötzlich einen Schuß.  
Anilling, der die Raben für Forstbeamten  
gehalten, hatte sich eine Kugel in die Brust  
geschossen und starb auf dem Transport nach  
Garmisch. Denselben Abend fand man Lech-  
ner tot an der Straße nach Garmisch. Da  
man glaubte, Anilling und Lechner seien von  
dem Förster Hohenab erschossen worden, be-  
mühten sich die Wilderer eine furchtbare  
Mord, und sie wollten Hohenab mit seiner  
Familie umbringen; es gelang diesem aber  
noch, auf eine telephonische Warnung hin,  
in der Nacht mit Weib und Kind nach Tiro  
zu fliehen. Am nächsten Tage wurde Lech-  
ner gestellt, daß Lechner vor Erschöpfung zusa-  
mengebrochen und erstickt war. Am wunde  
sich die Mord gegen Buchweizer, weil er seinen  
Rameraden feige im Stich gelassen habe.  
Der nahm sich den Vorwurf so zu Herzen,  
daß er sich eine Kugel in die Brust jagte.  
Zugleich Zeit wurde ein vierter Wilderer  
durch einen „Grünen“ im Feuerkampf er-  
schossen; es war — der Vollgejagter selbst  
aus Garmisch. Diese Tragödie brachte die  
Wilderer doch zur Besinnung, und wie mit  
einem Schloß erlosch die Wilderer-Geißel.

### Freistaat Sachsen.

#### Reine Abstimmung!

Wie wir hören, ist auf Anrufen der Reichs-  
räte von der Vorname einer Abstimmung unter  
der Bezeichnung des sächsischen Sozialismus  
gebildet worden des Verfahrens von Unberück-  
sichtigung abgesehen worden, weil aller Voraussicht  
nach die Abstimmung ein negatives Ergebnis  
haben würde.

Die sächsischen Bergarbeiter stehen mit dieser  
Einstellung ganz vereint da. Wie wir zuvor-  
sichtlich annehmen, ist als Grund der ablehnenden  
haltung der Betriebsräte anzusehen, daß die  
Bergarbeiter in der ersten Stunde nicht so viel  
verdienen würden, als sie in dieser Stunde zu  
verdiene genötigt sind. „Welt in Not“, er-  
kündet der Ruf! Da sollte das rein Materielle  
doch nicht so sehr in den Vordergrund gedrängt  
werden, wie es hier geschieht ist. Das Sozi-  
alistische Gefühl der sächsischen Berg-  
leute, die sofort bereit waren, die erste Stunde  
zu verlassen, wird durch diesen Beschluß einen  
argen Stoß erfahren, der für die sächsischen  
Bergleute eines Tages sich unangenehm aus-  
wirken könnte!

### Dresden.

h. Dem Allgemeinen Dresdner Einzelhan-  
dels-Verband wurden für die Ruhrhilfe weiter  
folgende Beträge überwiesen: von Firma Gustav  
Ludwig Nachfolger 250 000 Mark, Seidenhaus  
Carl Schneider 50 000 Mark, Stralburger Hub-  
bazar 25 000 Mark, H. C. Philipp 20 000  
Mark, Rudolph Seeliger u. Co. 10 000 Mark.  
Zusammen mit den bisher schon gezahlten  
Beträgen ergibt das eine Gesamtsumme von  
5 232 355 Mark. Die Sammlung wird weiterge-  
führt.

### Wettervorhersage.

Reine nennenswerten Niederschläge.